Antrag L01: Niemals ohne dich – Gemeinsam für gerechte Zukunft

Laufende Nummer: 35

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Verfahrensvorschlag:	Abstimmung
Tagesordnungspunkt:	L - TOP 7 – Niemals ohne dich – Gemeinsam für gerechte Zukunft
Antrag L01 Abstimmung	Ja: Mehrheit

Hinter uns liegen politische Zeiten, die einen schnell zum Verzweifeln verleiten. Die aktuelle Bundesregierung spart überall dort, wo es um unsere Lebensgrundlage geht und schafft mit ihren Märchen über den aufgeblähten Sozialstaat und ihn ausnutzende Migrant*innen gefährliche Feindbilder, die nur weitere Menschen in die Arme der extremen Rechten treiben. Wohin das führt, konnten wir in den vergangene Wochen in einer Deutlichkeit sehen, die es eigentlich auch den Letzten unmöglich machen sollte, weiter zu ignorieren, in welcher prekären Lage sich unsere Demokratie befindet:

In Sachsen-Anhalt wählten über 44%, in Mecklenburg-Vorpommern 38% AfD und in Berlin wird eine gesichert rechtsextreme Partei drittstärkste Kraft. Ende September schweben wir weiterhin in Unklarheit darüber, ob im neu konstituierenden Landtag von LSA die faschistische Machtübernahme droht.

Und trotzdem gibt es zumindest einen Hoffnungsschimmer: Bündnis90/Die Grünen könnten in zwei weiteren Ländern regieren, zweimal besteht die Möglichkeit, zu beweisen, dass Grüne in progressiven Koalitionsbündnissen konkret etwas verbessern können. Das alles kann ein Fingerzeig darauf sein, was 2029 im Bund gehen könnte, wenn wir jetzt die richtigen Schlüsse ziehen. Doch muss dabei klar sein: Auch linke Koalitionen sind kein Selbstzweck, sondern sie müssen neben klaren verteilungspolitischen Schwerpunkten auch Klima- und Umweltschutz konsequent vorantreiben. Doch darüber hinaus sieht es grau aus. Linke Mehrheiten sind nicht gewachsen. Es wurden vor allem Stimmen taktisch zwischen demokratischen Parteien hin- und hergeschoben, um die AfD zu verhindern. Menschen haben aus Angst statt aus Überzeugung gewählt. Das ist verständlich und rational, aber trotzdem ist es kein Grund zum Feiern. Insbesondere dann, wenn das Argument des taktischen Wählens zur zentralen Wahlkampf-Strategie einer ganzen Partei wird, offenbart sich die eigene Hilflosigkeit, eine angemessene politische Antwort auf das Erstarken der Rechtsextremen zu finden.

Doch es geht um mehr als bloße Wahlergebnisse. Denn vor Ort, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, werden Worte gerade zu Taten. Die Menschen vor Ort spüren die Konsequenzen dieser Ergebnisse jeden Tag konkret in ihrem Alltag.

Diese Wahlen sind das Ergebnis eines langen Versagens aller demokratischen Parteien und einer Politik, die die Jugend vergisst. Junge Menschen wählen Parteien, die ihren berechtigten Frust über den Status Quo adressieren und für grundlegende Veränderung stehen. Weil wir keine Therapieplätze finden, weil wir ohne Auto nicht aus unserem Dorf wegkommen und kein WG Zimmer mehr finden, was wir auch bezahlen können. Soziale Sicherheit war in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt das wahlentscheidende

Thema. Entscheidend ist, ob Menschen sich ihren Alltag noch leisten können. Während rechte Kräfte versuchen, uns gegeneinander auszuspielen und die Gesellschaft mit rassistischen Narrativen spalten, werden unsere realen Abstiegsängste und finanziellen Sorgen ignoriert.

Für uns steht fest: In einer veränderten Welt müssen sich auch politische Antworten verändern und genau das adressieren wir auch an Bündnis 90/Die Grünen: Wir müssen linke Politik machen. Die Konservativen spielen das Spiel der Rechtsextremen seit Jahren mit. Merz hat in den letzten Jahren nicht die AfD halbiert, sondern sich selbst.

Und während hier über Sozialabbau und Sündenböcke gestritten wird, brennt buchstäblich die Welt. Die Klimakrise trifft nicht alle gleich. Die einen verantworten die Klimakrise, die anderen sterben an ihr. Das ist kein Naturgesetz, das ist eine politische Agenda, für die sich die Bundesregierung jeden Tag aufs Neue entscheidet.

Wenn die Parteien versagen, wenn Parlamente alleine die Klimakrise nicht stoppen und den Rechtsruck nicht aufhalten, dann müssen wir zur Organisierung der Gesellschaft beitragen und Gegenmacht aufbauen. Das haben wir uns 2025 und 2026 nicht nur vorgenommen, wir haben angefangen, es zu tun: mit unserer Umverteilungskampagne in 42 Orten in Deutschland. Von einem Straßenfest für ein Kulturticket, über ein Freiluftkino für kostenlose öffentliche Angebote bis zu einem Rave gegen steigende Mieten. Das ist die Praxis, auf der wir aufbauen.

Wir machen das, weil eine andere Welt möglich ist. Eine Welt, in der planetare Grenzen eingehalten werden, die Sicherheit von Queers nicht verhandelbar ist. Eine Welt, in der Flucht kein Verbrechen und unser Leben verdammt nochmal bezahlbar ist.

Dafür braucht es keine vagen Versprechen, sondern konkrete Forderungen:

Statt in Klimaneutralität zu investieren, gibt die Regierung von Friedrich Merz Milliarden für unsinnige Tankrabatte aus und streicht Förderprogramme und Gesetze, die Mieter*innen vor steigenden Heizkosten schützen. Das ist keine soziale Politik. Eine Zukunft haben wir nur dann, wenn wir eine Klimapolitik erkämpfen, die dazu beiträgt, dass wir nicht über unsere planetaren Grenzen hinaus wirtschaften und Klimaneutralität Leitziel unserer politischen Arbeit bleibt. Der Weg dahin muss geebnet sein mit einer klaren Verknüpfung von Klimapolitik mit der sozialen Frage. Denn erfolgreiche Klimapolitik löst Konflikte so auf, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich nicht weiter vergrößert.

Dafür zu sorgen, dass das Leben für alle Menschen bezahlbar wird, ist antifaschistische Politik. Denn wir wissen, dass es vor allem Abstiegsängste und die Verschlechterung der Lebensverhältnisse vor Ort sind, die den Rechtsextremen den Nährboden bereiten. Dazu reicht es nicht nur, einen bundesweiten Mietendeckel und eine Bürgerversicherung einzuführen, die Abgeordnete und Beamte verpflichtet in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen. Existenzängste beginnen da, wo man sich fragt, wie man eigentlich noch den Wocheneinkauf bezahlen soll. Deshalb fordern wir einen Preisdeckel auf Grundnahrungsmittel, sowie weitere Maßnahmen, die auch kurzfristig zu einer Entlastung beim Kauf von Lebensmittel führen können, wie

beispielsweise eine Absenkung der Mehrwertsteuer.

Während Rechtsextreme kurz davor sind, die Macht zu ergreifen und CSDs zunehmend von Gewalt bedroht sind, wie beispielsweise durch den islamistischen Terroranschlag auf den Berliner CSD, kürzt die Bundesregierung sowieso schon knappe Mittel für Projekte der Zivilgesellschaft. Wir fordern eine gute Ausfinanzierung der Projekte von Demokratie leben und weiteren Projekten, die jeden Tag Menschen den Zugang zu Kultur, Sport und Gemeinschaft ermöglichen. Nur so stellen wir sicher, dass Organisationen und Projekte ihre Arbeit fortführen können. Nur mit einer starken Zivilgesellschaft können wir uns dem Faschismus entgegenstellen!

Ob der schließende Jugendclub nebenan oder der marode Sportplatz im Dorf: Orte, an denen wir Gemeinschaft erleben können, ohne Geld ausgeben zu müssen, werden immer weniger. Perspektivlosigkeit und Vereinsamung nehmen zu, was den Faschisten weiteren Nährboden bietet. Deswegen fordern wir eine bessere und endlich ausreichende Finanzierung der Kommunen und eine Altschuldenlösung durch den Bund. Denn nur wenn Gemeinden und Städte endlich genug Mittel haben, können sie attraktive konsumfreie Orte schaffen und der Perspektivlosigkeit und dem Eindruck einer handlungsunfähigen Demokratie etwas entgegensetzen. Darüber hinaus organisieren wir selbst soziale Orte, in jedem Dorf, in jeder Stadt. Wir bringen Gemeinschaft und Zusammenhalt darin zurück, wo Rechte nach Stimmen fischen und schaffen Gemeinschaft und Perspektiven für junge Menschen, egal, wie viel Geld die Eltern haben.

Wir sprechen über Verteilungsfragen. Nicht aus Ideologie, sondern weil es die verbindende Frage so vieler gesellschaftlicher Krisen ist und eine gerechte Verteilung eine Chance ist, die Abwärtsspirale tatsächlich zu durchbrechen.

Doch ist unsere Politik nicht nur das, was in einem Antrag steht oder was sich in Parlamenten abspielt. Sie liegt vor allem in einer Praxis, die Menschen solidarisch begegnet, sie vor Ort organisiert und gemeinsam mit ihnen Kämpfe für ein gerechteres Leben führt. Wir wollen, dass Menschen sich zusammentun, sich Nachbarschaften organisieren, Betriebe bestreikt und Faschisten blockiert werden. Eine organisierende Praxis ist die zentrale Aufgabe der gesellschaftlichen Linken und progressiven Zivilgesellschaft in den kommenden Monaten und Jahren. Dafür brauchen wir die richtigen Orte und eine anerkennende Haltung gegenüber all den Menschen, die jeden Tag unter widrigsten Bedingungen dazu beitragen, Solidarität und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu fördern. Wir müssen Räume schaffen, in denen junge Menschen sich aufhalten und bleiben können. Die AfD hat längst verstanden, wie wichtig solche Räume sind. Sie spricht von einer „patriotischen Wende“ der Kultur und will nur das fördern, was in ihr nationalistisch-faschistisches Weltbild passt. Und währenddessen lässt die Regierung genau diese Jugendclubs verfallen. Wenn Merz’ Regierung jungen Menschen diese Orte nimmt, dann schafft sie ein kulturelles und soziales Vakuum. Und die Frage ist NICHT, ob dieses Vakuum gefüllt wird. Die Frage ist nur von wem. Wir müssen es als unsere politische Praxis verstehen, diese Räume zu schaffen und dort Menschen zu organisieren.

Der Zugang zu dritten Orten bestimmt auch, wer überlebt. Wir erleben Hitzesommer nach Hitzesommer und die Einen verbringen ihn in klimatisierten Büros oder im eigenen Pool. Während einige körperlich arbeiten und durch die Hitze gefährdet sind. Der

Großteil kann es sich nicht leisten, sich krank zu melden, weil im Zweifel die Kündigung droht. Viele haben kein Umfeld, in dem jemand eine kühlere Wohnung hat, geschweige denn eine Klimaanlage, um unterzukommen. Konsumfreie öffentliche Räume wie Freibäder oder kühle Orte werden überlebenswichtig. Deshalb fordern wir den Ausbau von staatlich und kommunal bereitgestellten kostenlosen klimatisierten Orten, an die sich Menschen und vor allem vulnerable Personen bei Hitze zurückziehen können. All das kann nur gelingen, wenn auch Bund und Länder die Verantwortung für Klimaanpassung übernehmen und sich auch angemessen an der Finanzierung beteiligen.

Als GRÜNE JUGEND sind wir dafür ein Ort, an dem aus Wut Strategie wird und aus Verzweiflung Organisierung. Wir haben in den letzten Monaten gezeigt, dass wir das können, und wir werden weiter daran arbeiten. Gemeinsam, laut, unbequem. Denn eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist notwendig. Bauen können wir sie nur gemeinsam und niemals ohne Dich.

Begründung

Version in einfacher Sprache

In letzter Zeit gab es viele Probleme in der Politik.
Das macht viele Menschen traurig oder wütend.

Die Regierung spart Geld an wichtigen Stellen.
Sie sagt Dinge über den Sozialstaat, die nicht stimmen.
Sie gibt Migranten die Schuld an vielen Problemen.
Das ist sehr gefährlich.
Denn so werden Menschen gegeneinander aufgehetzt.
Das freut rechte Parteien.

Wir haben in den letzten Wochen gesehen, wohin das führt.
Viele Menschen wählen jetzt rechte Parteien.
Unsere Demokratie ist in Gefahr.

In Sachsen-Anhalt haben über 44 von 100 Menschen die AfD gewählt.
In Mecklenburg-Vorpommern haben 38 von 100 Menschen AfD gewählt.
In Berlin ist die rechtsextreme Partei jetzt auch sehr stark.
Wir wissen nicht, wie es im neuen Parlament in Sachsen-Anhalt weitergeht.
Vielleicht bekommt die AfD dort viel Macht.

Es gibt aber auch Hoffnung:
Vielleicht können in zwei Bundesländern linke Parteien regieren.
Das wäre in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.
Dann können sie zeigen, dass linke Politik das Leben verbessert.
Das macht Hoffnung für ganz Deutschland.
Aber: Viele Menschen haben nur aus Angst so gewählt.
Sie wollten nicht, dass die AfD gewinnt.
Sie haben nicht aus Überzeugung gewählt.
Das ist zwar verstehbar, aber kein Grund zum Feiern.
Wenn Parteien nur noch so Wahlkampf machen, wirkt das hilflos.

Es geht bei Wahlen aber um mehr als nur Zahlen.
Im Alltag der Menschen hat das große Folgen.
Gerade in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern merken das alle.
Viele Menschen sind jetzt unsicher oder haben Angst.

Warum wählen junge Leute rechte Parteien?
Sie sind frustriert.
Sie wollen Veränderungen.
Zum Beispiel, weil sie keine Therapie bekommen.
Oder weil sie kein Zimmer in einer WG bezahlen können.
Oder weil sie ohne Auto nicht vom Dorf wegkommen.
Soziale Sicherheit ist das wichtigste Thema.
Menschen machen sich Sorgen um ihr Geld.
Rechte Parteien machen Angst und sagen: Schuld sind andere Menschen.

Wir müssen anders Politik machen.
Wir als Grüne Jugend sagen: Die Politik muss sich ändern.
Wir müssen soziale Politik machen.
Die Konservativen helfen den Rechten oft.
Parteien wie CDU machen es nicht besser.

Gleichzeitig gibt es riesige Probleme mit dem Klima.
Die Erde wird immer wärmer.
Nicht alle Menschen leiden gleich darunter.
Viele Politiker tun aber nicht genug.
Die Bundesregierung entscheidet sich jeden Tag nicht fürs Klima.

Wenn Politiker schlecht arbeiten,
müssen wir als Gesellschaft zusammenhalten.
Wir müssen uns organisieren.
Wir haben das schon angefangen.
Mit vielen Aktionen in ganz Deutschland.
Zum Beispiel Straßenfeste für ein Kulturticket.
Oder ein Kino im Freien für alle.
Oder eine Party gegen hohe Mieten.
Das ist unsere Praxis, so wollen wir weitermachen.

Wir glauben: Eine andere Welt ist möglich.
Dort werden alle Menschen gleich behandelt.
Dort ist Flucht kein Verbrechen.
Dort kann man das Leben bezahlen.

Wir machen auch konkrete Forderungen:

- Das Leben muss für alle bezahlbar sein.
- Das schützt auch vor Faschismus und rechten Parteien.
- Existenzangst fängt im Alltag an: zum Beispiel beim Einkaufen.
- Wir fordern: Es soll eine Preisgrenze für Grundnahrungsmittel geben.

Die Bundesregierung spart bei wichtigen Projekten.
Zum Beispiel bei Projekten für Demokratie, Kultur und Sport.

Das ist schlecht.
Wir fordern: Gebt diesen Projekten genug Geld, damit sie weitermachen können.
Nur mit einer starken Gesellschaft können wir gegen rechte Parteien kämpfen.

Es gibt immer weniger Orte, wo Menschen sich treffen können, ohne Geld auszugeben.
Das ist schlecht.
Wir kämpfen dafür, dass es solche Orte gibt.
So bekommen Menschen wieder Hoffnung.

Gerechte Verteilung von Geld und Chancen ist wichtig.
Sonst gibt es mehr Probleme.

Politik ist nicht nur Reden oder Gesetze.
Politik ist auch im Alltag.
Wir wollen, dass Menschen sich zusammentun.
Wir wollen, dass sie gemeinsam für ein besseres Leben kämpfen.
Dafür braucht es Orte für junge Menschen.
Die AfD hat das erkannt und nutzt das.
Wir müssen bessere Orte schaffen.

Der Zugang zu solchen Orten ist wichtig – sogar fürs Überleben.
Sommer werden immer heißer.
Manche Menschen haben Klimaanlage, andere nicht.
Viele müssen arbeiten, auch wenn es sehr heiß ist.
Nicht alle können zu Hause bleiben oder ins Schwimmbad gehen.
Darum brauchen wir öffentliche, kühle Orte, zum Beispiel Schwimmbäder.
Sie müssen für alle offen sein.

Wir als GRÜNE JUGEND wollen ein Ort sein, an dem aus Wut Hoffnung wird.
Wir wollen gemeinsam kämpfen.
Denn eine andere Welt ist möglich.
Sie ist sogar nötig.
Wir können sie nur gemeinsam bauen.
Wir brauchen Dich dafür.

(Die Version in einfacher Sprache wurde KI-unterstützt erstellt.)